

Redemanuskript von Dr. Reinhard Brandl, MdB Neujahresempfang, 28. Januar 2011, Etting

Sehr geehrter CSU-Ortsvorsitzender Jürgen Hammer,

Frau Vorsitzende der Frauen Union Renate Jakob,

Herr Vorsitzender der Jungen Union Tobias Klein,

verehrter Herr Bürgermeister Albert Wittmann,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zum diesjährigen Neujahresempfang.

Die meisten von Ihnen werden heuer schon eine ganze Reihe von Neujahresempfängen hinter sich haben.

Die Reden – zumindest wenn sie von Politikern gehalten werden – bestehen dort meistens aus drei Teilen. Zum einen einer Auflistung von Einzelprojekten, was im vergangenen Jahr alles geschafft worden ist, zum weiteren was man im nächsten Jahr alles vor hat und einigen grundsätzlichen Überlegungen.

Nachdem heute der Kontakt und das Gespräch untereinander im Mittelpunkt stehen sollten, habe ich mich entschlossen auf die ersten beiden Teile zu verzichten und mich auf einige grundsätzliche Überlegungen zu konzentrieren.

Ich hatte diese Rede schon vor längerer Zeit vorbereitet und wollte als Aufhänger das „Wort des Jahres“ nehmen: „Den Wutbürger“.

Der Oberbürgermeister hat dazu aber eine sehr gute Rede auf seinem Neujahresempfang gehalten. Die möchte ich auch so stehen lassen. Für alle die sie nicht gehört haben: Es gibt sie zum Nachlesen auf www.csu-ingolstadt.de.

Auf der Suche nach Alternativen für heute, bin ich dann auf das Unwort des Jahres gestoßen. Es lautet: Alternativlos.

Es passt für mich sehr gut als Unwort des Jahres und als Aufhänger für diese Rede.

- Das Thema, auf das es anspielt, hat mich im vergangenen Jahr sehr bewegt.
- Ich bin sicher, dass es uns auch noch in diesem Jahr massiv beschäftigen wird.
- Und es passt auch zu dem Thema, das der CSU-Kreisverband als Überschrift für die Veranstaltungen in 2011 gewählt hat: Europa.

Das Wort „Alternativlos“ wurde von der Bundeskanzlerin, anderen Politikern – wahrscheinlich auch von mir – aber auch vielen Sachverständigen wie Axel Weber, dem Chef der Bundesbank, verwendet im Zusammenhang mit den Griechenland-Hilfen und dem Euro-Rettungsschirm im Frühjahr.

Euro-Rettungsschirm ist übrigens das Börsen-Unwort des Jahres. Es ist ein falsches Bild, das hier gezeichnet wird. Es handelt sich nicht um einen Schirm, unter den man sich flüchtet, um ein unvorhergesehenes Unwetter zu überstehen.

Wenn man in diesem Bild bleiben möchte, wäre es eher ein Euro-Rettungsregen über die betroffenen Ländern. Und kein Schirm. Aber auch das trifft es nicht ganz, weil es suggeriert, dass Geld plötzlich im Überfluss da ist. Was auch nicht stimmt.

Die Bedingungen für die Länder, die diese Hilfe in Anspruch nehmen möchten, sind außerordentlich hart. Finanztechnisch korrekt handelt es sich eher um eine „Notkreditlinie auf Zeit“.

Das Thema „Rettung des Euros“ hat 2010 dreimal ganz intensiv den Bundestag, aber auch die Öffentlichkeit beschäftigt. Erst bei Griechenland im April, dann im Mai bei der großen 750 Milliarden „Notkreditlinie auf Zeit“ und Ende des Jahres bei Irland, das nach Griechenland als zweites Land von der Kreditlinie Gebrauch gemacht hat.

Die Jury, die das Unwort des Jahres gekürt hat, führt zu Begründung von alternativlos an:

Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe.

Das trifft meine Wahrnehmung, in welchem Zusammenhang das Wort am häufigsten verwendet wurde, nicht.

Das Unwort des Jahres ist für mich trotzdem gut gewählt.

Kaum ein anderes Thema wurde bei uns so stark diskutiert, wie die Maßnahmen zur Rettung des Euros. Und es stimmt auch nicht, dass es keine bekannten Handlungsalternativen gab.

Das Wort wurde im Gegenteil in der Situation vollkommen falsch gebraucht und seine Verwendung hat die Diskussion um Alternativen erst richtig angeheizt. Und es gab Alternativen, zwischen denen wir uns entscheiden konnten.

Jochen Sanio, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, hat uns in der Anhörung zur Euro-Rettung im Bundestag gesagt:

Wäre es nicht zu den Maßnahmen gekommen, hätte ich am Montagmorgen nicht aufwachen mögen.

Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut hat uns in der gleichen Woche alle persönlich angeschrieben: *Bitte stimmen Sie nicht zu.*

Das sind klare Alternativen.

Aber wie kommt es dann zur Verwendung des Wortes alternativlos?

Meiner Ansicht nach ist es eine Schutzbehauptung und verdeckt die Tatsache, dass weder Professoren noch Politiker die Folgen der verschiedenen Alternativen vorhersehen können.

Eigentlich hätten Sie sagen müssen: Wir wissen nicht, was passieren wird und wir wählen deswegen die Alternative, die aus - unserer heutigen Sicht - das geringste Risiko beinhaltet.

„Alternativlos“ ist für mich das Synonym für diese Form des „Ausgeliefert sein“ von Politik und Wissenschaft gegenüber den weltweiten Finanzmärkten und deshalb ein sehr gutes Unwort im Jahr 2010.

Es wäre jetzt einfach, die Rede an der Stelle weiterzuführen und über gierige Finanzmärkte und kalte Investoren zu schimpfen, die von ihren Glastürmen ganze Staaten als Geißeln nehmen.

Aber auch das wären Schutzbehauptungen und es würde den Kern der Krise und die Ursachen dafür nur unzutreffend beschreiben.

Man muss schon tiefer einsteigen, um dem Thema, das uns in dieser Zeit so beschäftigt, zumindest einigermaßen gerecht zu werden.

Wovor haben die Politiker denn Angst bei der Euro-Krise?

Das Wort ist übrigens auch falsch, eigentlich ist es eine Schuldenkrise, zu der ich mich gleich äußern werde.

Was hätte passieren können, wenn wir es zugelassen hätten, dass Griechenland nicht mehr in der Lage gewesen wäre, Geld aufzunehmen und seine Schulden zu bedienen:

Die Gläubiger – und das sind überwiegend europäische Banken – hätten einen Teil ihres Geld abschreiben müssen.

Alleine die deutschen Banken hätten geschätzte 10 Milliarden Euro verloren. Sie haben dem griechischen Staat etwa 27 Milliarden, den Portugiesen etwa 29 Milliarden und Irland ca. 109 Milliarden Euro geliehen.

Jetzt sind wir in einer Situation, in der unsere Banken noch mit der letzten Krise zu kämpfen haben. Ihre Eigenkapitalbasis würde durch diese Verluste massiv geschwächt werden.

Wir haben erlebt, wie schnell eine Bankenkrise auf die Realwirtschaft überspringen kann. Deutschland hatte 2009 infolgedessen den größten Wirtschaftseinbruch seiner Geschichte erlebt.

Die Kettenreaktion, die das verursacht hatte, ging aus von der Pleite der Lehmann Brothers im Jahr 2008, als die Amerikaner ein Exempel statuieren wollten.

Auch hier bestand und besteht die Gefahr einer Kettenreaktion. Wenn ein Land wie Griechenland ausfällt, dann steigt das Ausfallrisiko in den Augen der Märkte auch für andere gefährdete Länder wie Spanien, Portugal, Italien oder Irland.

Wenn diese Länder kein Geld mehr bekommen, dann steigt der Druck auf die Europäische Zentralbank, zumindest einen Teil der Schulden über Inflation zu entwerten.

Das würde aber alle Euro Länder betreffen – und dort insbesondere die kleinen Leute, die keine großen Sachvermögen haben.

Inflation ist mit das unsozialste, was man sich vorstellen kann.

Ob es dazu tatsächlich gekommen wäre, weiß man nicht. Aber von den verantwortlichen Politikern wollte niemand dieses Risiko eingehen.

Deswegen kam es zu der Entscheidung, für die griechischen Schulden zu bürgen.

Eine andere Alternative wäre zumindest theoretisch gewesen, dass die Griechen ihren Austritt aus der Euro-Zone erklärt hätten. Rauschmeißen - wie viele fordern - konnten wir sie nicht. Das lassen die Verträge über den Euro nicht zu.

Das hätten sie aber nie freiwillig gemacht.

Die Folge wäre gewesen, dass ihre neue alte Währung sofort massiv abgewertet worden wäre. Ihre Schulden, die sie im Ausland und das überwiegend in Euro haben, würden sofort teurer werden und für Griechenland hätte sich das Problem noch verschlimmert.

Eine dritte - auch sehr theoretische – Alternative wäre gewesen, die Euro-Zone in einen Nord-Euro und einen Süd-Euro aufzuspalten. Auch dazu hätten alle betroffenen Länder zustimmen müssen.

Das würde dann aber auch die innere Architektur Europas in Frage stellen – zerbricht die Währungsunion (z.B. in einen Nord-Euro und einen Süd-Euro), wird die europäische Einigung um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Und dann geht es darum, ob wir mit unserem Europa langfristig ein politisches und ökonomisches Gegengewicht zu Ländern wie China oder Amerika bilden können.

Über dieses Thema hat Kommissar Oettinger beim Neujahrsempfang der CSU gesprochen.

Insoweit war die Entscheidung bei Griechenland und später dann die Ausweitung der Notkreditlinie auf alle Länder der Euro-Zone zwar nicht alternativlos, aber ohne eine vernünftige Alternative.

Wir Deutsche haben in der Krise mit am meisten zu verlieren. Auf der einen Seite sind wir bei jeder Rettungsaktion mit dem größten Anteil beteiligt. Auf der anderen Seite profitiert kein anderes Land so sehr vom Euro wie die Exportnation Deutschland.

Was wäre denn, wenn wir jetzt noch die D-Mark hätten:

- Unsere Währung würde sofort aufgewertet werden.
- Deutsche Produkte würden weltweit teurer werden.
- Der Aufschwung, der im wesentlichen auf Export beruht, würde rapide gebremst werden.

Auf der anderen Seite ziehen wir mit unseren Exporten das Geld aus den anderen unproduktiveren Euro-Ländern, die unsere Waren importieren.

Das wird uns ja gerade von vielen Seiten vorgeworfen.

Hätten sie noch ihre Währung, würden sie diese abwerten. Ihre Produkte würden damit automatisch billiger und konkurrenzfähiger.

Diesen Ausgleichsmechanismus gibt es beim Euro nicht mehr.

Deswegen sagen auch alle Experten unisono:

Eine Währungsunion kann nur funktionieren, wenn es auch eine politische Union mit einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt, die verhindert, dass solche Ungleichgewichte überhaupt entstehen.

Das war von Anfang an klar. Die Währungsunion ist gekommen.

Aber die politische Union kommt nur in kleinen Schritten voran. Seit dem Scheitern der Verfassung im Jahr 2004 haben wir keine wirklich gute Geschäftsgrundlage für eine EU der 27.

Wir haben in Deutschland auch Gebiete mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft.

Wir haben in Deutschland aber auch einen Länderfinanzausgleich, der darauf zielt, keine zu großen Ungleichgewichte entstehen zu lassen.

Was Länder wie Griechenland „zum Ausgleich“ stattdessen gemacht haben ist, dass sie jahrelang Schulden angehäuft haben.

Das wollte man ja eigentlich bei der Gründung der Währungsunion verhindern.

Das war ja auch die große Angst, vor allem in der CSU damals. Kein neuer Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene.

Man hat damals aufgeschrieben. Wir wollen den Weg zu eine politische Union fortsetzen, aber kein Land soll für ein anderes haften, und damit der Fall gar nicht eintritt, geloben wir strikte Sparsamkeit.

Kein Land sollte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, mehr als 3% neue Schulden aufnehmen dürfen.

Die Ironie an der Geschichte ist, dass wir selber die Ersten waren, die sich 2003 dagegen zur Wehr gesetzt und uns Sanktionen aus Brüssel verboten haben.

Sie erinnern sich an die Diskussion um den blauen Brief aus Brüssel, den Eichel damals nicht annehmen wollte.

Die Folge war, dass seitdem über 25 mal gegen den Stabilitätspakt verstoßen wurde, ohne dass ein einziges Mal Sanktionen in Gang gesetzt wurden.

Die Konsequenzen müssen wir jetzt tragen.

Die Märkte trauen den überschuldeten und – im Verhältnis zu uns – unproduktiveren Ländern nicht mehr zu, dass sie aus eigener Kraft ihre Schulden zurückzahlen können.

Sie zwingen uns damit, ein System des finanziellen Ausgleichs zu organisieren und damit das nachzuholen, was bei der Gründung zwar gewollt, aber politisch nicht durchsetzbar war.

Die Frage ist nicht, ob das passiert – das ist mit den Krediten letztes Jahr im Prinzip schon passiert – sondern wie es langfristig organisiert wird.

Der luxemburgische Ministerpräsident Juncker vertritt dabei die Idee der Euro-Bonds. Das sind im Prinzip Kredite, für die alle Euro-Länder gemeinsam haften.

Für die gefährdeten Euro-Länder bedeutet das niedrigere Zinsen. Für uns würde es aber höhere Zinsen bedeuten.

Und dadurch, dass diese Länder wieder günstig an Geld kommen, sinkt natürlich der Druck, ihre Haushalte zu konsolidieren und die Schuldenspirale dreht sich weiter.

Aber irgendwas müssen wir ja tun. Die Verhandlungen dazu laufen im Moment auf Hochtouren. Aber was genau kommen wird, ist schwierig vorherzusehen, da ja immer alle Euro-Länder mit am Tisch sitzen.

In einfachen Worten ist unsere Strategie dreigeteilt:

1. In der gegenwärtigen Situation den Druck vom Kessel nehmen, die Märkte durch klare Signale beruhigen. Das ist mit den gefundenen Stabilisierungsmaßnahmen einigermaßen gelungen. Die Maßnahmen laufen noch bis 2013.
2. Für die Zeit danach Regeln finden, die den Märkten das Risiko zurückgibt. Das Kritische an der jetzigen Regelung ist ja, dass die Gläubiger die hohen Zinsen einstreichen und die Staaten das Ausfallrisiko tragen. Das kann so auf Dauer nicht bleiben.
3. In Deutschland und in Europa einen strikten Spar- und Stabilitätskurs durchsetzen. Wir müssen als größte Volkswirtschaft in der Euro-Zone hier mit einem guten Beispiel vorangehen, sonst können wir nicht mit dem erhobenen Zeigefinger auf andere Länder zeigen.

Und da bin ich zum Schluss doch noch einmal bei der Politik der CSU in Bund, Land und Stadt. Ausgeglichene Haushalte haben wir für uns auf allen Ebenen einen überragenden Stellenwert. Auf Bundesebene sind wir auf einem guten Weg. Bis 2016 wollen wir es auch schaffen, einen neuen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen.

Das ist nicht einfach. Jede Kürzung wird von einem lauten Protest begleitet. Eine Vielzahl der Bürgeranfragen, die ich beantworte, drehen sich darum, warum das oder jenes nicht mehr möglich ist.

Im Grunde sind alle für das Sparen. Aber wenn es dann konkret wird, schwindet die Zustimmung rapide.

Die Schuldenbremse, die wir seit 2009 im Grundgesetz verankert haben, zwingt uns aber faktisch zu diesem Handeln. Mit diesem Instrument sind wir Vorreiter in Europa und auch das wollen wir exportieren.

Horst Seehofer ist da in Bayern schon weiter. Er braucht keine Schuldenbremse. Er hat es geschafft, mit dem Doppelhaushalt 2011 und 2012 zum sechsten und zum siebten Mal einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen.

Das ist nicht selbstverständlich. Vor allem wenn man in das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen blickt und dort sieht, wie in einem einzigartigen Vorgang ein Gericht den Haushalt mit 8,4 Milliarden Euro neuen Schulden für verfassungswidrig erklärt und die rot-grüne Minderheitsregierung praktisch handlungsunfähig ist.

Bürgermeister Wittmann hat zum fünften Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt für die Stadt Ingolstadt vorgelegt.

Ausgeglichene Haushalte sind aber nicht nur ein Ergebnis des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Geldern, sondern auch einer Politik, die Wirtschaft und Wachstum fördert. Auch das sieht man hier in Ingolstadt.

Wir müssen es als CSU nur noch stärker schaffen, den Wert dieser Politik und das all dem übergeordnete Prinzip der Generationengerechtigkeit den Menschen zu vermitteln.

Ich hoffe und arbeite daran, dass uns das auf allen Ebenen gelingt. Und das auch mal dieses Wort, der Generationengerechtigkeit, zum Wort des Jahres gekürt wird.

Das würde unser Land weiterbringen als der „Wutbürger“.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.